

25.05.2009

Eilantrag

der Fraktion der SPD

Landesregierung muss sich Konsequenzen ihres Abfallwirtschaftsplans stellen

Im Mai 2009 hat die Landesregierung mit ihrem Entwurf zum Abfallwirtschaftsplan die Weichen in der Hausmüllentsorgung neu gestellt. Gemäß der schwarz-gelben Maxime „Privat vor Staat“ will sie nun „marktwirtschaftliche Mechanismen“ bei der Müllverbrennung etablieren. Hauptmaßnahme der schwarz-gelben Landesregierung ist, die bisherige Zuweisungspflicht an die ortsnahen Müllverbrennungsanlagen zu streichen.

Diese Änderungen schlagen sich zwangsläufig auf die Preis- bzw. Gebührengestaltung bei den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern nieder. Es ist zu befürchten, dass sich größere Gebührenunterschiede im Land NRW entwickeln werden. Nachträglich werden die Bürgerinnen und Bürger der Kommunen oder Landkreise bestraft, die in eine umweltfreundliche Müllverbrennungsanlage investiert haben. Die heimischen Anlagen geraten unter einen Preisdruck. Der Weg in ein Preisdumping und zu einer ungerechten Gebührenentwicklung ist vorhersehbar. Dabei haben die gewonnen, die fern von einer Müllverbrennungsanlage wohnen. Hier wird nicht Marktwirtschaft zum Wohle der Allgemeinheit betrieben, sondern Privatisierung der Privatisierung wegen.

Der Abfallwirtschaftsplan in der derzeitigen Form führt zu folgenden Problemen:

- Mülltourismus nimmt zu
- Gebühren werden steigen
- Es wird zwei Klassen von Gebührenzählern geben
- Preisdumping auf Kosten der Umwelt

Die kommunalen Spitzenverbänden und der VKS-NRW haben der Landesregierung vorgeschlagen, die Planungen zum Abfallwirtschaftsplan auf eine seriöse und objektive Grundlage zu stellen und ein entsprechendes Planspiel durchzuführen. Dieses Verfahren hat sich in anderen Bereichen schon bewährt. Unter Mithilfe des Planspiels können die vorgeschlagenen Maßnahmen des Abfallwirtschaftsplanes geprüft, die Datenlage verbessert und die Auswirkungen genauer berechnet werden.

Datum des Originals: 25.05.2009/Ausgegeben: 25.05.2009

Am 29. Mai 2009 findet in Duisburg ein vom MUNLV organisiertes Fachgespräch zum geplanten Abfallwirtschaftsplan statt. Damit diese Gespräche eine fundierte Basis haben, muss die Landesregierung das von den kommunalen Spitzenverbänden und VKS-NRW initiierte Planspiel unterstützen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- die Streichung der Zuweisungspflicht aufzugeben;
- die bestehenden Abfallwirtschaftspläne fortzuschreiben.

Carina Gödecke

und Fraktion